Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. **Bezugspreis** für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsträger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postscheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einspaltige Grundschriftzeile 25 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahltag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 125 — **Mittwoch, den 2. Juni 1926.** — **81. Jahrgang**

Tagesschau.

Der Reichspräsident hat eine **neue Disziplinarverordnung für das Reichsheer** erlassen. Der Mittelarrest ist in verschärften Arrest umgewandelt worden. Der Höchstbetrag der Geldstrafen wurde von 1/3 auf ¼ des Monatsgehalts erhöht.

Das **Reichskabinett** hielt am Montag einen Kabinettsrat, der sich mit laufenden Angelegenheiten befaßte. Personalfragen werden bis auf weiteres nicht zur Erörterung kommen, da der Reichskanzler erst mit den Parteiführern Fühlung nehmen will.

* Der **Deutsche Kolonialkriegerbund** erhob auf seiner vierten Hauptversammlung in Bochum **die Forderung nach energischer Geltendmachung der berechtigten deutschen Kolonialansprüche.**

* Der Geschäftsordnungsausschuß des preußischen Landtages nahm den Antrag auf **Aufhebung der Immunität des völkischen Abg. Wulle** gegen die Stimmen der Kommunisten an.

Die österreichische Regierung hat die **Beamtenforderungen** als unerfüllbar **abgelehnt.**

* Der zum Präsidenten von Polen gewählte Marschall Pilsudski hat **die Wahl abgelehnt.** Ein neuer Wahlgang ist für Dienstag vormittag 10 Uhr anberaumt.

Die **fünf chinesischen Provinzen,** Kiangsu, Tschekiang, Anhwei, Kiangsu, Fukien, deren Mittelpunkt Schanghai ist, wurden als **unabhängiger Staat** erklärt.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Die ergebnislose Abrüstungskonferenz.

Berlin, 31. Mai. Der deutsche Delegierte auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz des Völkerbundes, Graf Bernstorff, ist wieder in Berlin eingetroffen und hat im Auswärtigen Amt über den Verlauf und die Ergebnisse der Genfer Tagung Bericht erstattet. Wahrscheinlich wird später nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages auch im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten über den Stand der Abrüstungsfrage Vortrag gehalten werden. Nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen besteht an zuständiger Berliner Stelle der Eindruck, daß eine praktische Inangriffnahme der Abrüstung noch außerordentlich lange auf sich warten lassen wird. Die vorbereitende Abrüstungskonferenz hat eigentlich überhaupt keine praktische Entscheidung getroffen. Von vornherein war die Vorbereitungsarbeit auf drei Kommissionen verteilt: die eigentliche vorbereitende Kommission, die aus den politischen Delegierten der teilnehmenden Staaten bestand, die militärische Kommission und eine gemischte Kommission, die die mit der Abrüstung zusammenhängende Fragen beraten soll. Die vorbereitende Konferenz hat nur das vorliegende Material und die Antworten der einzelnen Staaten auf den Fragebogen des Völkerbundes verteilt, so daß der militärischen und der wirtschaftlichen Kommission bestimmter Arbeitsstoff zugewiesen ist. Diese beiden Kommissionen haben ihre Arbeiten bei der Abreise der Hauptdelegierten aufgenommen und werden sie wahrscheinlich einige Wochen oder Monate lang fortsetzen müssen. Erst wenn sie zu praktischen Beschlüssen gekommen sind, soll die politische Seite der Abrüstungsfrage weiter beraten werden. Erst dann wird die vorbereitende Kommission der Hauptdelegierten wieder zusammentreten. Die Verantwortung für die Abrüstungsfrage ist damit auf die technische Kommission abgewälzt worden, und in dieser Kommission kann, wenn einzelne Mächte es wünschen, eine Verzögerung der ganzen Abrüstungsfrage herbeigeführt werden. Diese Verschiebung der Verantwortung ist auch dadurch zustande gekommen, daß keiner der Delegierten der einzelnen Staaten etwa zugeben wollte, daß seine Regierung nicht zur Abrüstung bereit wäre. Man hatte allgemein erkannt, daß von der Lösung der Abrüstungsfrage die Existenz des Völkerbundes abhängig sein wird, scheute sich aber, gerade wegen dieser großen Bedeutung der Frage sofort an ihre Lösung heranzugehen. Die Grundlage einer Lösung der Abrüstungsfrage müßte die Beseitigung der technischen Schwierigkeiten sein, mit denen sich die vorbereitende Abrüstungskonferenz beschäftigen sollte. Hier standen sich die englische und die französische These gegenüber. Die Franzosen verlangten Sicherheit als Voraussetzung der Abrüstung, die Engländer Abrüstung als Voraussetzung der Sicherheit.

Zu einer Lösung dieses Gegensatzes ist man nicht gekommen. Rein formal ist dem französischen Wunsche, die Sicherheiten des Völkerbundspaktes für einen angegriffenen Staat sollten vermehrt werden, dadurch Rechnung getragen worden, daß der Völkerbundsrat beauftragt wurde, zu prüfen, ob der Völkerbundsvertrag nach dieser Richtung hin verschärft werden kann.

Nur in zwei Punkten ist es zu bestimmten Beschlüssen gekommen. Erstens wurde festgestellt, daß eine Abrüstung nur möglich ist bei den sichtbaren Rüstungen, d. h. eine Abrüstung entsprechend der Friedensrüstung der Staaten. Damit ist die französische Forderung abgelehnt, daß auch die Kriegsfähigkeit der Staaten, die sogenannte Potenzialkriegsstärke, berücksichtigt werden soll, wenn der Rüstungsstand geprüft wird. Zweitens haben sich alle Regierungen verpflichtet, vor der endgültigen Abrüstungskonferenz bestimmte Vorschläge für die Abrüstung ihres eigenen Landes auszuarbeiten und der politischen Kommission vorzulegen. Die Bedeutung dieses Beschlusses liegt darin, daß die einzelnen Regierungen gezwungen werden, vor der Oeffentlichkeit zu erklären, wie sie zur Abrüstungsfrage stehen, was auch jene Staaten, die an sich geneigt sind, ihren Rüstungsstand herabzumindern, einem gewissen Druck aussetzt.

Der Ruf nach deutschen Kolonien.

Bochum, 31. Mai. Die im Rahmen der großen Kolonialtagung veranstaltete vierte Hauptversammlung des Deutschen Kolonialkriegerbundes wurde vom Verbandsvorsitzenden, Generalleutnant Ritter v. Epp, geleitet, der herzliche Begrüßungsworte an die zahlreich Erschienenen richtete. Der Redner skizzierte dann in großen Umrissen die Bedeutung des kolonialen Gedankens. An den Reichspräsidenten von Hindenburg, an den durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg und an Herrn Krupp v. Bohlen-Halbach wurden Begrüßungstelegramme gesandt. Den Jahresbericht erstattete Oberleutnant v. Boemecken. Das verflossene Jahr hat ein weiteres erfreuliches Wachstum des Bundes gebracht. Der Bund zählt nunmehr 110 Vereine. Der Redner schloß mit dem Ausdruck der festen Ueberzeugung, daß die Stunde kommen werde, wo alles deutsche Land hier wie über der See mit dem Mutterlande wieder vereint sei. Angenommen wurde eine Resolution, in der verlangt wird, **die Reichsregierung möge endlich den berechtigten Ansprüchen des deutschen Volkes auf eigenen Kolonialbesitz energischen Ausdruck geben und die Rückgabe der unter falschen Anschuldigungen entrissenen Kolonien auf das nachdrücklichste fordern.**

Sie möge vor allem einen etwaigen Eintritt in den Völkerbund abhängig machen von der Gewährung von Garantien auf Wiedererlangung eigener Ueberseegebiete. Ferner wurde eine Entschließung an die Regierung gerichtet, in der der Deutsche Kolonialkriegerbund im Namen Tausender von Kolonialkriegern von Reichstag und Reichsregierung fordert, Artikel 21 Absatz 2 und 3 der Personalabbauverordnung vom 27. Oktober 1923 endlich für die Angehörigen der ehemaligen Schutztruppen mit Wirkung vom 1. Januar 1924 aufzuheben.

Das aus Anlaß der Hauptversammlung des Deutschen Kolonialkriegerbundes an den Reichspräsidenten gerichtete Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Der Deutsche Kolonialkriegerbund sendet dem Verteidiger deutscher Ehre und deutscher Macht in schwerster Zeit ehrerbietigste Grüße im festen Vertrauen, daß auch die Rückgewinnung eigenen Kolonialbesitzes unter Ew. Exzellenz Führung gelingen wird.

Eine glanzvollere Kundgebung für den kolonialen Gedanken, als die am Sonntagnachmittag, hat man wohl noch nicht erlebt. Tausende ehemaliger Kolonialkrieger aus dem ganzen Reiche, darunter Zehntausende von Kriegervereinsmitgliedern, Marineleuten und Sportsleuten, wohnten dem Feldgottesdienst bei. Anschließend daran nahm General v. Epp die Weihe von drei Vereinsfahnen vor. Durch die reich beflaggten Straßen der Stadt bewegte sich ein Festzug, der mit seinen berittenen Schutztrupplern und Askaris, seinem Wagenzuge mit Kolonialprodukten und den ehrwürdigen Fahnen von Windhuk, Tsingtau und Ostafrika eine lebendige Aufforderung bedeutete, nicht nachzulassen, bis Deutschland seine Kolonien wieder zurückerhalten hat. Am Abend fand ein Festkommers statt, bei dem u. a. Gouverneur a. D. Dr. Seitz und Reichsminister a. D. Bell Ansprachen hielten.

•

Rom, 31. Mai. Die Kolonialfrage ist für Italien und damit auch für Deutschland plötzlich in ein akutes Stadium getreten. Wie schon gemeldet, wird Italien bei den Marokko-Verhandlungen, die unvermeidlich geworden sind, mit weitgehenden Ansprüchen hervortreten und außer politischen Forderungen Kompensationen auf wirtschaftlichem Gebiete erstreben.

Es ist bezeichnend, daß die franzosenfreundliche Presse, wie zum Beispiel der heutige Messaggero, es bereits als genügende Gegenleistung Italiens betrachtet, wenn sich dafür Rom für den europäischen Frieden einsetze, lies: den Locarno-Vertrag im französischen Sinne auslege. Die Anspielung in Mussolinis Senatsrede, zuerst müsse Italien Mandate bekommen, darf, wie ich versichern kann, in beträchtlicher Erweiterung so ausgelegt werden, daß Italien die Anmeldung deutscher Ansprüche in Genf lebhaft wünscht, um die Frage schnell anpacken zu können. Mussolini wird Deutschlands Forderungen unter der Voraussetzung unterstützen, daß auch Italien reichlich bedacht wird, was den Alliierten gegenüber damit begründet werden soll, daß Italien im Gegensatz zu England und Frankreich in Versailles leer ausgegangen sei.

Die Lage in Polen.

Wie gestern gemeldet, ist Marschall Pilsudski mit absoluter Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt worden. Wie eine weitere Meldung berichtet, lehnte Pilsudski die Wahl ab mit der Begründung, daß ihm die verfassungsmäßigen Vollmachten nicht genügten, um seiner Aufgabe als Präsident gerecht zu werden und daß ihm die Stimmenzahl zu gering sei.

•

Für die am Dienstag stattfindende zweite Wahl wird Pilsudski nicht kandidieren, sondern einen Strohmann vorschieben. Genannt werden in diesem Zusammenhang Professor Ignaz Woszczicki, Direktor des Chorzower Stickstoffwerks, und Professor Marjan Zdziechowski.

Die Kandidatur Bninski trug einen Kompromißcharakter, da die Mittelparteien den Nationaldemokraten Grabinski nicht unterstützen wollten.

Auch nach der Wahl ist die Lage in Warschau sehr gespannt. Die Regierung hat alle ihr nicht zuverlässig scheinenden Offiziere aufgefordert, die Hauptstadt zu verlassen. Da möglicherweise seitens Pilsudskis die

Ausrufung der Diktatur

versucht wird, sind neue Kämpfe nicht ausgeschlossen.

Pilsudski gab vor der Wahl über seine Kandidatur sowie über die von ihm beabsichtigte Verfassungsänderung einige Erklärungen ab. Pilsudski glaubt danach, daß die letzten Ereignisse in Polen ein Beweis der allgemeinen Krise des Parlamentarismus seien. Das Heilmittel beruhe in der Schaffung einer starken und verantwortlichen Regierung, gleichzeitig aber einer solchen Regierung, die eine von den Parteien unabhängige Entscheidung treffen könne. Heute müsse jeder Minister vor allem besondere Fähigkeiten für die parlamentarischen Intrigen haben, die so viel Zeit beanspruchten, daß er nur eine halbe Stunde jener Arbeit sich widmen könne, für die er verantwortlich sei. Pilsudski sprach sich sodann gegen die Nichtverantwortlichkeit der Abgeordneten, gegen das Protektionswesen der Parteien, gegen das Cliquenwesen sowie schließlich gegen jeden Einfluß auf die Regierungsbildung aus.

Pilsudskis Machtstellung.

Pilsudski hat sich wohl hauptsächlich deshalb als Kandidat der Linken für die Präsidentenwahl aufstellen lassen, um unter allen Umständen den Sieg eines Gegenkandidaten der Rechten zu verhindern. Nachdem er so die Bauernpartei Piast und die Nationale Arbeiterpartei (eine Vertretung der Landarbeiter), auf die Seite der Linken gezogen hatte, konnte er verzichten. In der Tat hätte ihm die Staatspräsidentenschaft mit ihren jetzigen, ziemlich eng begrenzten Befugnissen kaum die Basis für die strenge Durchführung seiner Reformpläne gegeben. Wird bei der zweiten Wahl einer seiner Strohmänner Staatspräsident, so ist darum doch sein Einfluß auf die künftige Entwicklung in Polen mindestens ebenso groß — ja die Lösung gewisser Sonderaufgaben (Umgestaltung des Heeres, Kampf gegen die Korruption) wird für ihn als Herrn der Armee leichter sein, zumal die Verantwortung für die erforderlichen scharfen Maßnahmen zur Reorganisation des Staates dann direkt den Staatspräsidenten belastet, während sein eigenes Kapitel an Autorität und Beliebtheit nicht verwirtschaftet zu werden braucht.

Worauf die eigentlichen Pläne des Marschalls abzielen, ergibt sich aus seinen Erklärungen, die den Bankrott des Parlamentarismus auch in Polen unzweideutig feststellen. Es ist nur die Frage, ob er sich mit einem trockenen Putsch begnügt, indem er dem Parlament eine Erweiterung der verfassungsmäßigen Befugnisse des von ihm entscheidend beeinflußten Präsidenten abnötigt, oder ob er gegebenenfalls zur unverhüllten Diktatur schreitet. Beide Wege können freilich nur zum Erfolg führen, wenn auch der Westen des Landes aus seiner Opposition heraustritt. Damit hat es aber noch gute Weile. Die immerhin nicht unbeträchtliche Stimmenzahl, die Bninski auf sich zu vereini-